STADT WETZLAR

MITTEILUNGSVORLAGE

Fachamt/Verursacher	Datum	Drucksachen-Nr.: - AZ:
Koordinationsbüro für Sozialplanung, Jugendförderung und Projektmanagement	31.08.2012	1081/12 -I/230

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Top	Abst. Ergebnis
Magistrat	24.09.2012		
Sozial-, Jugend- und Sportausschuss			
Finanz- und Wirtschaftsausschuss			
Stadtverordnetenversammlung			

Betreff:

Verstetigung im Sinne der Nachhaltigkeit Soziale Stadt, Silhöfer Aue / Westend

Anlage/n:

Mitteilungsvorlage 1214/09 – I/446
Konzept zur Verstetigung im Sinne der Nachhaltigkeit, „Soziale Stadt Silhöfer Aue / Westend“ (Nachhaltigkeitskonzept)

Inhalt der Mitteilung:

Zur Sicherung und Verstetigung der sozialen Stadtentwicklung im Stadtbezirk Silhöfer Aue / Westend werden mit den Trägern auf der Grundlage der Verstetigungserklärung der Stadt Wetzlar (Drucksachen-Nr. 1214/09 – I/446, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21.04.2009) und dem gemeinwesenorientierten Angebot in 2012 Verhandlungen aufgenommen, um einen bruchlosen Übergang nach Auslaufen der Förderung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ im Jahre 2013 zu gewährleisten.

Wetzlar, den 03.09.2012

gez. Wagner
Bürgermeister

Begründung:

Auf der Grundlage der Verstetigungserklärung seitens der Stadt vom 21.04.09 (Drucks. 1214/09-I/446) wurden mit dem letzten Förderbescheid 2009 Fördermittel aus dem Bund-Länderprogramm bis einschließlich 31.12.2013 bereitgestellt, um die soziale Stadtentwicklung im Westend zu stabilisieren und eine Basis für Verstetigungsmaßnahmen zu gestalten.

Auf der Grundlage einer umfassenden und unter engagierter Beteiligung der Anwohner erarbeiteten Rahmenplanung wurden in der Förderphase seit 1999 schrittweise zentrale Maßnahmen zum Ausbau der sozialen Infrastruktur (Nachbarschaftszentrum, Funhalle, Spielplätze / Sportanlagen, Grünanlagen) realisiert.

Das Ziel der schrittweisen Stabilisierung der sozialen Struktur und die Gewinnung von jungen Familien für das Westend ist auf einen guten Weg gebracht.

Die Wohnungsbaugesellschaften und die Stadt haben hierzu einen wichtige Beitrag geleistet und ihre Wohnungen nach und nach saniert, modernisiert und so auf den aktuellen Stand der Technik gebracht. Das Quartier, ehemals geprägt durch die Kaserne mit den umliegenden Geschosswohnungsbauten, gibt heute ein anderes Bild ab.

Zahlreiche beschäftigungspolitische Maßnahmen haben zu einer Aufwertung des Wohnumfelds beigetragen und Vereine haben die Schaffung eines sozialen Netzwerks im Quartier angestoßen und ein vielfältiges Leben entwickelt, das mit dem Abzug der Bundeswehr zunächst verloren war.

Nicht realisiert werden konnten einzelne Maßnahmen, wie der Brückenschlag über die Lahn zur Erschließung des Naherholungsraums zum Bodenfeld. Dieser wurde bis auf die einmalige Realisierung mit einer temporären Brücke im Rahmen des Hessentags 2012 infolge der hohen baulichen und technischen Auflagen und damit verbundenen Kosten nicht weiter verfolgt. Auch der Umbau der Straße „Magdalenhäuser Weg“ wurde mit Blick auf andere Fördermöglichkeiten zurückgestellt.

Letztendlich war es notwendig, infolge der massiven finanziellen Kürzung im Bund-Länder-Programm Fördermittel zwischen den beiden Projektgebieten (Silhöfer Aue und Niedergirmes) umzuschichten, um zentrale Maßnahmen zu realisieren und keine Fördermittel verfallen zu lassen.

Verbleibender Handlungsbedarf:

Für 2013 stehen für das Projektgebiet Westend noch Zuschüsse zu Kosten in Höhe von 221.000 € (Förderquote 66,11%) zur Verfügung, die für das Quartiersmanagement, Verfahrensbegleitung und die Herstellung der Parkourfläche an der Westendstraße genutzt werden sollen.

Die Baumaßnahme im Magdalenenhäuser Weg / Ausbau barrierefreie Bushaltestelle und Gestaltung von Querungshilfen soll zukünftig und nach der Konkretisierung der Nutzung des letzten Baufelds am Magdalenenhäuser Weg über das Programm des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) beantragt und umgesetzt werden.

Für die weitere Stadtentwicklung ist der Prozess um die angemessene Nutzung der Restflächen der Kaserne und des Gebäudes A 1 von Bedeutung, wie auch die kritische Begleitung der Entwicklung des privatisierten Bestands der ehem. Bundeswehrwohnungen im Magdalenenhäuser Weg, die aktuell in der Zwangsverwaltung sind.

Zum Programmabschluss ist eine Dokumentation geplant.

Im **Verstetigungsworkshop** am 04.05.2012, der gemeinsam mit engagierten Bewohnern, Verbänden und Vereinen stattgefunden hat, wurde nach einem kurzen Rückblick und einem positiven Resümee zum bisher Erreichten, die Ziele und notwendigen Rahmenbedingungen für die zukünftige Arbeit diskutiert.

Neben den oben genannten Punkten: weitere Bebauung und Gestaltung des Gebäudes A1, Zukunft der Wohnungen Magdalenhäuser Weg und die Gestaltung der Straße Magdalenhäuser Weg, ist die zukünftige Nutzung und der Betrieb der sozialen Infrastruktur (Nachbarschaftszentrum und Freizeithalle) durch verschiedenen Gruppen eine wichtige Forderung. Auch die gut angenommenen Angebote für Kinder und Jugendliche sollten fortgeführt werden. Für die „alten und neuen" Bewohner ist eine Unterstützung durch ein Quartiersmanagement notwendig, um z.B. über die Stadtbezirkskonferenz Ehrenamtsstrukturen zu fördern und Ansprechpartner vor Ort zu haben. Das „Cafe Freiraum", getragen vom Förderverein „Nachbarn im Westend e.V.", mit seinen kulturellen- und Freizeitangeboten soll weiterhin die nach wie vor bestehende Lücke füllen und aktiven Bewohnern die Möglichkeit geben, sich zu engagieren.

Mit dem Ausbau der Kita zu einem „Kinder und Familienzentrum" mit einem integrierten Angebot der „frühen Hilfen" und die Einbindung in die Netzwerkstrukturen vor Ort ist ein wichtiges und gelungenes Projekt im Sinne der Sicherung der Nachhaltigkeit von verschiedenen Modellprojekten gelungen, das beispielgebend für manch andere Kommune ist.

In der **Verstetigungserklärung** zur Nachhaltigkeit gegenüber der Förderstelle hat die Stadt ausgeführt, „ ... im Sinne der Sicherung und Verstetigung des bisher Erreichten das Ziel der weiteren Stabilisierung des Stadtbezirks konsequent weiterzuverfolgen und die Bewohner/innen in diesen Prozess weiterhin einzubinden."

Dazu ist geplant, über die Programmlaufzeit hinaus die Kooperations-, Steuerungs- und Beteiligungsstrukturen über das Koordinationsbüro für Jugend und Soziales in modifizierter Form fortzuführen. Zur Umsetzung der Maßnahmen werden periodische Arbeitstreffen der entsprechenden Fachämter stattfinden, um die Zielerreichung weiterhin zu verfolgen.
Das vor der Programmlaufzeit vorhandene Stadtteilgremium „Stadtbezirkskonferenz" wird als offenes Bürgerforum und bewährtes Instrument der Beteiligung fortgeführt und der „Stadtteilbeirat Westend" als formales Beteiligungsgremium nach der HGO wird die Verstetigungsphase beratend begleiten.

Dauerhaft soll die soziale Infrastruktur für eine breite öffentliche und privat Nutzung zugänglich bleiben und durch Ansprechpartner vor Ort betreut werden, um das soziale, sportliche und kulturelle Angebot im Stadtteil zu stabilisieren und weiter zu entwickeln. Aktivitäten des Fördervereins „Nachbarn im Westend e.V." sollen weiterhin unterstützt werden.

Ein fachliches Angebot der Jugendarbeit wird weiterhin stattfinden und die Stabilisierung von Beteiligungsstrukturen und die Kooperation mit den Vereinen soll über das Quartiersmanagement fortgeführt werden.

Über die letzten Jahre wurde das Budget für das Westend der laufenden Entwicklung angepasst und bis auf ein Minimum reduziert. Ziel ist, nach dem Auslaufen des Programms ab 2014 folgende Angebotsbausteine weiterhin vorzuhalten:

- Nutzung und Betrieb des Nachbarschaftszentrums und der Freizeithalle durch Vereine, Projekte sowie für private Veranstaltungen
- Angebote der Jugendarbeit (Jugendtreff, Gruppenangebote und offene Angebote in der Freizeithalle)
- Quartiersmanagement
- „Cafe Freiraum“ des Fördervereins als kulturelles Angebot und Bewohnertreff.

In 2012 beträgt der Kostenansatz (Personal + Sachkosten+ Betriebskosten) insgesamt 165.000 € (Zuschüsse 155.000 €, Einnahmen und Eigenmittel: 10.000 €).

Für die Fortsetzung bedarf es entsprechender Haushaltsmittel.

Dazu ist geplant, mit den aktuellen Trägern diesbezügliche Verhandlungen aufzunehmen, um die vertraglichen Rahmenbedingungen für die Zeit ab 2014 zu klären.